

Slowakisches Fernsehen (öffentlich-rechtliches), 1. Mai 2004

Gespräch mit Angela Merkel

Seit ihrer Entstehung erweitert sich die EU schon zum fünften Mal. Auch die Vereinigung Deutschlands vom 1990, die offiziell in die Geschichte der Aufnahme von neuen EU-Mitgliedern nicht einbezogen wird, könnte man doch in gewisser Hinsicht für eine Erweiterung halten. Die Vereinigung des westlichen und östlichen Teiles Deutschlands kostete die Bundesrepublik riesige finanzielle Mittel, die zu Lasten des Wirtschaftswachstums verwendet worden sind. Im Lande wird deswegen zurzeit intensiv darüber diskutiert, welche Fehler bei der Wiedervereinigung gemacht worden sind. Im Gespräch mit der Vorsitzenden der größten Oppositionspartei CDU, Angela Merkel, haben wir gefragt, ob man aus der Wiedervereinigung Deutschlands auch für die EU-Erweiterung Lehren ziehen kann.

Angela Merkel: Einerseits ja, anderseits nein. Ich halte die Debatte, die jetzt in Deutschland über die Fehler bei der Wiedervereinigung geführt wird, teilweise für ein wenig abwegig, denn es sieht manchmal so aus, als ob damals gar nicht diskutiert worden wäre. Wir im Osten haben von Anfang an behauptet, dass wir nicht alle Gesetze und Regeln des westlichen Teils Deutschlands übernehmen wollen, damit sich auch Ausnahmen und Übergangsregelungen durchsetzen. Es wäre deshalb richtig, auch den neuen Mitgliedern möglichst viele Freiheiten zu geben, damit sie nicht sofort alle Regelungen übernehmen und nachvollziehen müssen.

Es gibt da aber Unterschiede zwischen der EU-Erweiterung und der Wiedervereinigung Deutschlands. Deutschland war politisch immer ein Land und die Leute hatten immer die Möglichkeit, sich im Rahmen des Landes die Region, in der sie sich niederlassen und arbeiten werden, auszuwählen. Bei der Wiedervereinigung wurde zum Beispiel bei der Einführung der Marke in der ehemaligen DDR die Frage der Wehrungsunion geklärt. So etwas haben wir jetzt bei der Erweiterung nicht. Ein Unterschied ist auch darin, dass die Freizügigkeit für einige Jahre beschränkt ist.

Frage: Werden wir in 14 Jahren über die Richtigkeit und über eventuelle Fehler dieser Erweiterung so spekulieren, wie es jetzt in Deutschland der Fall ist, als die Richtigkeit der Wiedervereinigung bezweifelt wird?

Angela Merkel: Das gehört so ein wenig zu der europäischen politischen Kultur, dass nach einem Ereignis dann auch kritisch darüber diskutiert wird. Aber wenn den Menschen bei der Wiedervereinigung eine andere Alternative angeboten worden wäre und man hätte sie gefragt: wollen sie die Wiedervereinigung widerrufen?, da hätte kaum jemand JA gesagt.

Genauso wird es in der erweiterten Union in 10 Jahren kaum jemanden geben, der sagen würde, wir wollen wieder raus.

Mich stört aber die Tatsache, dass die heutigen Mitglieder keine Chancen in den neuen Mitgliedern sehen. Sie sollten sich die Reformen des Renten- und Steuersystems ansehen, in der Slowakei, in Polen oder in Estland. Stattdessen versuchen die alten Mitgliedsstaaten Schranken zu setzen, und denken nicht darüber nach, ob sie auch etwas lernen könnten von dem, was die neuen Länder unternommen haben. Da spiegelt sich, meiner Meinung nach, ein gewisser Hochmut der heutigen EU ab. Ich würde deshalb eine größere Offenheit befürworten. Wir sollten daran glauben, dass die neuen Mitglieder in die europäische Diskussion uns allen zu Gunsten einen frischen Windhauch bringen können.

Frage: Deutschland ist der größte Nettozahler in die Europakasse. Mit dem Einzug der neuen ärmeren Mitglieder wachsen die verschiedenen Befürchtungen der deutschen Öffentlichkeit. Ist also die Erweiterung für Deutschland überhaupt vorteilhaft?

Angela Merkel: Die Angst war nie ein guter Berater. Die Übergangsfristen sind richtig, weil auch die neuen Mitglieder in einigen Bereichen Ausnahmen und Aufschub gefordert haben. Also es gibt hier ein gewisses Gleichgewicht – wenn sie alle Vorschriften, die jetzt in der Union gelten, erfüllen, dann werden sie auch alle Rechte haben. Deutschland wird der größte Zahler sein, solange es ihm wirtschaftlich gut gehen wird. Wenn sich aber die Anderen wirtschaftlich verbessern, dann werden auch sie mehr bezahlen. Es ist also auch im Interesse Deutschlands, dass es ihnen gut geht.

Frage: Die deutsch-französische Partnerschaft war vom Anfang an Kern und Motor der europäischen Integration. Befürchten sie nicht, dass sich mit der Erweiterung der Schwerpunkt der neuen EU anderswo versetzen wird?

Angela Merkel: Es muss nicht so sein. Die deutsch-französische Beziehung galt immer als Grundteil der Union und es kann auch so bleiben, solange sie nicht zur Schaffung einer Kluft zu anderen Ländern verwendet wird. Ich hielt es deshalb nicht für richtig, als der französische Präsident sich über die künftigen Mitglieder äußerte, sie seien noch kleine Schüler, die Vieles zu lernen hätten. Für Deutschland ist es wichtig, eine besondere Partnerschaft auch mit Polen zu haben. Das bedeutet, dass Deutschland und Frankreich kein exklusives Motor sein können, sondern eins, das auch die Anderen aufnimmt. Dann werde ich mir keine Sorgen machen, dass es aufhört, Schwerpunkt der Union zu sein.

Die Fragen stellte Peter Stano